

# Aussteigen oder Einsteigen? Wozu erziehen unsere Schulen?

## 5. Gespräch im Konrad-Adenauer-Haus

**Dem Thema „Aussteigen oder Einsteigen – Wozu erziehen unsere Schulen“ war das 5. Gespräch im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn gewidmet. Die Veranstaltung fand große Beachtung. Nachfolgend sind einige interessante Redebeiträge als UiD-Dokumentation zusammengestellt.**

**Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU und Bundesminister für Familie, Jugend und Gesundheit:**

Ich bin auf unser Thema gestoßen im Zusammenhang mit der sogenannten Friedensdiskussion an den Schulen. Das Scheitern der Kultusminister, gemeinsame Empfehlungen zur Friedenserziehung in der Schule zu formulieren, habe ich nicht für besonders dramatisch gehalten. Aber ich habe mich dann doch sehr betroffen gefragt, welches Verfassungsverständnis etwa der Hamburger Schulsenator Prof. Joist Grolle hat, der dazu aufrief, die Schüler nicht „für wie auch immer definierte Verteidigungsinteressen zu erziehen“. Der Verteidigungsauftrag ist im Grundgesetz verankert; die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen erhöht den Rang unserer Verfassung, macht diese verteidigungswert und ihre positive Beurteilung zu einem Erziehungsziel. Ein Zusammenleben in Frieden und Freiheit ist nach meiner Auffassung nur möglich, wenn ein tragfähiges Mindestmaß an Übereinstimmung im Umgang miteinander vorhanden ist. Da der Staat verfassungsrechtlich zur Neutralität und Toleranz verpflichtet ist, kann und darf staatliche Bildung zwar niemals weltanschaulich-parteilich sein. Aber sie darf ebensowenig wertneutral-beliebig sein. Anders gesagt: Ein Zusammenle-

ben in Frieden und Freiheit ist eben dann nicht möglich, wenn es keine gemeinsame Grundüberzeugung gibt, welcher Friede und welche Freiheit gemeint ist.

Wir brauchen einen demokratischen Minimalkonsens, dem auch der Unterricht in der Schule verpflichtet sein muß. Die Frage „Wozu erziehen unsere Schulen?“ darf nicht der Beliebigkeit zufälliger politischer oder erziehungswissenschaftlicher Konstellationen unterliegen. Was in unserer pluralen Gesellschaft über alle legitimen Meinungs-differenzen hinaus gemeinsam ist und bleiben muß, gibt uns das Grundgesetz vor:

1. die Anerkennung der Menschenwürde und der Grundrechte,
2. die Respektierung von Mehrheitsentscheidungen und
3. die Akzeptanz des Rechtsstaates einschließlich des staatlichen Gewaltmonopols.

Ich bin davon überzeugt, daß unsere Gesellschaft in eine geradezu selbstmörderische Zerreißprobe gerät, wenn zum Beispiel diese drei „essentials“ der Verfassung nicht mehr zum Grundbestand gemeinsamer Überzeugungen der Bürger gehören. Diese Gefahr ist heute nicht mehr von der Hand zu weisen.

## **Der Konsens ist brüchig geworden**

### **Anerkennung der Menschenwürde?**

Wir treffen heute auf eine bewußt erzeugte „Unkultur der Angst“ in unserer Gesellschaft. Angst ist eines der perfidesten Mittel, um gezielt Einstellungen und Überzeugungen von Kindern und Jugendlichen zu beeinflussen. Ich halte Angstmache für eine subtile Form der Folter, für eine Verletzung der Menschenwürde des Schülers. Ich will ein Beispiel nennen: Da läßt eine Berliner Kunsterzieherin Grundschüler ein Bild malen zum Thema „Was mir das Liebste ist“. Nachdem die Bilder fertiggestellt und gewürdigt waren, mußten sie mit schwarzer Farbe zerstört werden. Als einige Kinder wegen des Verlustes in Tränen ausbrachen, erklärte die Lehrerin, nun könnten die Kinder nachfühlen, wie es im Krieg sei: da gehe auch alles kaputt.

Ich behaupte nicht, daß die Schule ursächlich in dieser Entwicklung wirkt. Auch ich weiß: Zuversicht kann nicht über Lehrpläne vermittelt werden. Aber ich frage: Tut die Schule alles ihr mögliche, um unnötige Angst durch objektive Sachinformation abzubauen? Kommt es nicht auch vor, daß Lehrer ihre eigenen Ängste zum Gegenstand des Unterrichtes machen und dadurch bei den Schülern vorhandene Zuversicht sinnlos zerstören? Ich vermute im übrigen, daß die Aussteiger-Problematik eng mit den Angst-Phänomenen in unserer Gesellschaft zusammenhängt.

### **Respektierung von Mehrheitsentscheidungen?**

Auch die Respektierung von Mehrheitsentscheidungen zählt nicht mehr zum Kanon der unbestritten gemeinsamen Grundüberzeugungen. Neue Vokabeln haben sich in den Köpfen festgesetzt, woran auch mancher Lehrer nicht unbeteiligt war. Da wurde die „qualifizierte Minderheit“ erfunden und gegen die bloß „formale Mehrheit“ ausge-

spielt. Die Unverzichtbarkeit der friedentiftenden Grundsätze der repräsentativen Demokratie wurde als einengender Sachzwang hingestellt. Das Prinzip der Rationalität wurde vielfach gegen das neue Prinzip der Emotionalität ausgetauscht.

Mir ist bewußt, daß der in der Schule vermittelte demokratische Minimalkonsens nur so stark sein kann, wie der Grundkonsens in der Gesamtgesellschaft stark und überzeugend ist. Die Schule kann nicht ersatzweise für die Gesellschaft einen Konsens erzeugen, wenn der Mangel an Konsens- und Kompromißfähigkeit in Gesellschaft und Politik die Schule allein läßt.

Aber ich frage dennoch: Kann die Schule heute überhaupt noch ihrem Auftrag nachkommen, eine staatsbürgerliche Erziehung zu vermitteln? Wir haben heute in der Regel große Schulsysteme, in denen die Organisation der Wissensvermittlung eine erdrückende Priorität gegenüber dem Erzieherischen gewonnen hat. Wäre hier nicht weniger mehr? Ich vermissе zum Beispiel bei vielen jüngeren Menschen, mit denen ich zusammenkomme, ein fundiertes Wissen über geschichtliche Erfahrungen, die zu wiederholen diesen Jugendlichen eigentlich erspart bleiben sollte. Ist der Unterricht über „Die soziale Relevanz von Sprachschichtungen“ denn wirklich so wichtig, daß er zu Lasten einer intensiven Beschäftigung mit der Weimarer Republik und dem Dritten Reich gehen darf?

### **Akzeptanz des Gewaltmonopols?**

Die Frage nach der Legitimität und Legalität der Gewalt ist im Verlauf der Friedensdiskussion erneut aufgeworfen worden; auch hier zeigte sich ein brüchig gewordener Konsens. Die Schule bietet reichhaltige Anschauungsmöglichkeiten zur Frage der Gewalt. Unbestritten ist doch wohl, daß gerade die tagtägliche, oft nur kleine, insgesamt aber doch erschreckende Gewalt in der Schule deutlich macht, daß der Schule heute offensichtlich die Möglichkeiten fehlen, hier erzieherisch sinnvoll tätig zu werden.

Ich bin davon überzeugt: Ein Schüler, der nicht lernt, mit seinen Aggressionen umzugehen, der wird auch nicht lernen, ein staatliches Gewaltmonopol zu akzeptieren.

Hier fehlt wohl unseren Lehrern sowohl die fachliche Ausbildung als auch die „pädagogische Muße“, im Schulalltag entsprechende erzieherische Akzente in ihrer Arbeit zu setzen. Ich halte es für unfaßbar, daß noch heute in der Bundesrepublik Deutschland Lehramtsprüfungen abgelegt werden können, in denen nach Pädagogik nicht gefragt wird.

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Frage der Gewalt heute auch eng zusammenhängt mit der Entwicklung der neuen Medien. Wir brauchen ganz gewiß kein neues Fach „Medienerziehung“. Aber ich denke, der Schüler muß lernen, daß der Mensch über mehr Möglichkeiten verfügt, als die Kataloge der Videoverleihe vorsehen. Nach meiner Auffassung muß die Schule in viel stärkerem Maße als bisher ihre Schüler dazu befähigen, außerhalb der technischen Medien persönliche Kreativität zu entfalten und die größer werdende Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Die Grundfrage „Wozu erziehen unsere Schulen?“ könnte auch anders formuliert lauten:

## Wozu werden unsere Lehrer erzogen?

Erziehungsziele mögen in Landesverfassungen so perfekt und umfassend formuliert sein wie nur möglich: Das entscheidende „Scharnier“ zwischen Verfassungsauftrag und Schulalltag ist und bleibt die Persönlichkeit des Lehrers.

Hier muß ich auf eine Tatsache hinweisen, über die meines Erachtens viel zu wenig gesprochen wird. Im Zeitraum von 1960 bis 1975 stieg die Zahl der Schüler um 42 Prozent, die Zahl der Lehrer hingegen um fast 112 Prozent. Diese hohe Zuwachsrate im Lehrerbestand wurde vor allem durch die Einstellung junger Berufsanfänger erzielt.

Im Jahr 1980 waren 62 Prozent aller Lehrer jünger als 40 Jahre.

Was bedeuten diese Zahlen für den Schulalltag? Sie bedeuten, daß sich die Kollegien an unseren Schulen überwiegend aus Lehrern zusammensetzen, die alle oft relativ gleich alt sind, die nach den gleichen inhaltlichen und methodischen Prinzipien ausgebildet und die auch alle verhältnismäßig einheitlich in ihren gesellschaftspolitischen Auffassungen geprägt worden sind. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang der Einfluß der „Frankfurter Schule“ auf die Erziehungswissenschaften. Es wurde eine sogenannte „emanzipatorische Pädagogik“ entwickelt, deren Folgen wir heute erst voll überblicken.

Den jungen Bürgern wurde gesagt, es stehe ihnen frei, ob sie sich zu ihrem Staat bekennen oder ob sie ihn ablehnen wollen. Die Schüler wurden zur Unfähigkeit erzogen, grundlegende Verbindlichkeiten des Gemeinwesens zu erkennen und anzuerkennen.

Um die emanzipatorische Pädagogik ist es inzwischen ruhiger geworden. Die theoretische Diskussion leidet nicht nur an einer inneren Erlahmung, auch die Themen haben sich verschoben. Stichworte sind heute die „neue Sensibilität“, die „alternativen Lebensformen“ und der „Postmaterialismus“. Ich kann darauf nicht im einzelnen mehr eingehen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß sich die mit der emanzipatorischen Ideologie verbundenen Inhalte und Ziele offenbar reorganisieren und überdies in den GRÜNEN inzwischen ein parlamentarisches Standbein gefunden haben. Was das für die Schule bedeutet, können wir gegenwärtig an den bildungspolitischen Vereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN in Hessen ablesen.

Angesichts einer technologischen Entwicklung, die sogar Eingriffe in das Erbgut des Menschen und damit seine totale Manipulation möglich macht, stellt sich die Frage nach Werten und Normen mit einer ganz neuen Dringlichkeit. Wenn unsere Schulen ihre Schüler nur auf das technisch Mögliche vorbereiten, Antworten nach dem ethisch Erlaubten aber verweigert werden, dann ist die einst von Picht prognostizierte Bildungskatastrophe tatsächlich eingetreten — allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen: Mehr Wissen bedeutet eben noch nicht mehr Bildung.

**Dr. Georg Gölder, Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz:**

Wenn es um die Frage geht: „Wozu erzieht die Schule?“ müssen wir uns zurückbesinnen auf den einfachen Tatbestand, daß wir Schule wegen des Kindes und des Jugendlichen veranstalten, nicht aber wegen einer Partei und nicht wegen irgendwelcher gesellschaftlicher Gruppierungen. Das ist eine schreckliche Banalität, man scheut sich eigentlich, so etwas auszusprechen. Das Entscheidende in der Schule ist zunächst einmal die Frage des Erziehungsstils, des Arbeitsstils. Ich meine, daß die Frage des Verständnisses von Schule in den letzten 15 Jahren in der Pädagogik an unseren Hochschulen viel zu kurz gekommen ist. Schule lebt von der Atmosphäre des Vertrauens und zunächst einmal von gar nichts anderem. Wenn man das zur Grundlage nimmt, dann wird man auch mit Unvollkommenheiten besser fertig.

**Anton Pfeifer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft:**

Es gibt eine ganze Reihe von Untersuchungen, die deutlich machen, daß es ein Irrtum ist, zu glauben, daß die Schule der wichtigste Erziehungsträger überhaupt wäre, und daß manches an Erscheinungsformen, was der älteren Generation nicht gefallen mag, ihre Ursache letztlich in der Erziehung der Schule habe. Die Schule erzieht eben in der Konkurrenz mit anderen Erziehungsträgern, vor allem mit den Eltern. Sie erzieht in der Konkurrenz zu den Medien; die haben wahrscheinlich einen sehr viel größeren Einfluß auf junge Menschen als die Schulen. Und sie erzieht in der Konkurrenz mit dem Gespräch unter den Gleichaltrigen, was einen Reflex in die Schule und übrigens auch in die anderen Erziehungsträger hinein ausübt. Ich möchte davor warnen, dann, wenn man mit bestimmten Dingen nicht zufrieden ist, es immer gleich bei der Schule abzuladen. Das ist eine Erwartung an die Schule, die die Schule nicht erfüllen kann, die aber im Ergebnis zu einer so kritischen Grundtendenz gegenüber Schule und Lehrer führt, daß daraus kein vernünftiges Verhältnis mehr entstehen kann. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Ich finde, es schadet der Schule außerordentlich, wenn man versucht, Themen der politischen Tagesauseinandersetzung in die Schule hineinzutragen mit dem Ziel, das Engagement der Kinder zu erreichen, egal ob das im Zusammenhang mit dem Nachrüstungsbeschluß, der 35-Stunden-Woche oder was immer ist. Es ist doch jedem klar, daß ein 12-, 13-, oder 14jähriges Kind die Komplexität eines solchen Engagements überhaupt nicht überblicken kann. Hier muß man vom Lehrer erwarten können, daß er solchen Versuchen schlicht widersteht. Es wäre gut, wenn wir vor diesem Hintergrund auch wieder eine Diskussion über das Ethos des Lehrerberufs bekämen.

**Diskussionsteilnehmer:** Ich frage Sie, Herr Wunder, warum wollen Sie es zulassen, daß Kommunisten unsere Kinder erziehen dürfen, die nun eindeutig nicht mehr auf dem Boden unserer Verfassung stehen.

**Dr. Dieter Wunder, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft:**

Dies berührt den ganzen Bereich: Wie gehen wir mit Radikalen — sogenannten Radikalen und tatsächlichen Radikalen — bei uns um? Ich vertrete die Überzeugung: Solange jemand in seinem Dienst seine dienstlichen Obliegenheiten erfüllt, haben wir keinen Grund, jemanden zum Lehrerberuf nicht zuzulassen.

**Diskussionsteilnehmer:** Herr Wunder, Sie haben doch gesagt, Erziehung sei Werterziehung. Machen Kommunisten keine Werterziehung?

**Dr. Wunder:**

Das Problem, wie Kommunisten Kinder erziehen, kann man hier nicht in zwei Minuten beantworten.

**Dr. Geißler:**

Ich habe die Frage der Berufsverbote in der Polemik der Linken als eine Einschränkung der Freiheit nie anerkannt. Ganz im Gegenteil: Hier geht es zuallererst um die notwendige Realisierung der Gewissensfreiheit, des Elternrechtes und auch der Schülerfreiheit: Alle müssen in die Schule, ohne jede Ausnahme. Aber es muß längst nicht jeder Kommunist oder jeder Neonazi Lehrer werden. Er kann sagen was er will, aber er muß nicht unbedingt in einer staatlichen Einrichtung den Minimalkonsens unserer Verfassung in Frage stellen.

**Clemens Christians, Vorsitzender des Bundes Freiheit der Wissenschaft:**

Es gibt bei uns nicht das, was im Ausland zu beobachten ist, nämlich daß man noch so viel an seinem Staat kritisieren kann, sich aber im Grunde doch mit diesem Staat identifiziert. Was ich für sehr gefährlich halte, ist die innere Distanz zu unserem Staat. Wenn unsere Schüler ein Verhältnis zu diesem Staat haben und wenn sie einsehen sollen, daß dieser Staat verteidigungswert ist, dann müssen sie sich auf jeden Fall auch mit diesem Staat identifizieren können. Dies aber ist nicht oder nur sehr gering möglich unter den augenblicklichen Verhältnissen. Bei den Lehrern ist es nicht anders als in der Gesamtheit der Bevölkerung. Die innere Distanzierung zum Staat findet überall statt.

**Ilse-Maria Oppermann, Vorsitzende des Bundeselternrates:**

Wir Eltern haben den Schullalltag jeden Mittag am Mittagstisch. Da muß ich feststellen, daß ein Konsens über die „großen Erziehungsziele“ eigentlich sehr leicht zu erreichen ist. Ganz schwierig ist es aber mit den „kleinen Erziehungszielen“. Ich meine damit so etwas wie Pünktlichkeit, oder Ordnung, oder auch Nächstenliebe. Dies wird in den Schulen und auch in den Elternhäusern nicht mehr vorgelebt, so daß Kinder das nicht mehr nachleben können. Ich halte dies für sehr gravierend. Hier gibt es eben sehr wenig Konsens zwischen Eltern und Eltern und zwischen Eltern und Lehrern. Ein Bereich scheint mir in der Schule sehr ausgespart zu werden, das ist der ganze emotionale Bereich. Ich meine, daß der affektive Bereich in der Schule zu kurz kommt.

Zu viel Wissen wird vermittelt, zu wenig wird das Kind in seiner Gesamtpersönlichkeit erzogen, und auch zu wenig werden diese Tugenden gefördert und Ich-Stabilität vermittelt. Ich kann doch nicht ständig im Jammerloch sitzen bleiben, sondern ich muß doch etwas tun! Ich will nicht gerade sagen: Packen wir's an, aber so ähnlich müßte unser Motto schon lauten.

**Dr. Peter Bendixen, Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein:**

Ich will einige ganz wenige Beispiele nennen, die es auch dem Lehrer noch stärker als bisher ermöglichen können, diesen Auftrag zu erfüllen.

1. Wir müssen stärker als bisher den musischen Bereich betonen. Wenn man vielleicht tausend englische Vokabeln zu wenig gelernt hat, kann man das auch noch mit 28 oder mit 40 nachholen. Aber wenn ein Kind nicht mit 8 oder 10 Jahren einen inneren Zugang zum musischen Bereich gefunden hat, wird es diesen möglicherweise in seinem Erwachsenenendasein nicht mehr finden.

2. Die Schule muß noch sehr viel stärker als bisher kindgerecht sein. Gegen eine hässliche Diskussion haben unsere Kultusminister jetzt wieder dafür gesorgt, daß Lieder gesungen werden, daß Gedichte gelernt werden, daß zunächst einmal die Heimat kennengelernt wird und erst dann die Landwirtschaftsprobleme in Südamerika.

3. Wir müssen die Überschaubarkeit entweder behalten oder herstellen. Wir haben rückläufige Schülerzahlen. Dies benutzen viele, Schulen zu schließen. Benutzen wir es doch endlich einmal als die Chance, auch kleine Schulen entweder zu behalten oder hier und da auch wieder herzustellen! Es ist doch eine schreckliche Vorstellung, daß schon ein achtjähriges Kind im 2. oder 3. Schuljahr sich in einer Lernfabrik mit 800, 900 Schülern nur noch so orientieren kann, daß es die Farbe der Flure und damit das 2. und 3. Schuljahr unterscheiden kann.

4. Wir müssen stärker als bisher Schule und Elternhaus zur Zusammenarbeit bewegen. Das betrifft aber beide, da gibt es Probleme auf beiden Seiten.

5. Der Lehrer wirkt nicht nur durch seine fachliche Kompetenz, sondern auch durch seine Persönlichkeit und durch seine Vorbildfunktion. Dies beginnt beim äußeren Erscheinungsbild, dies setzt sich fort im Umgang des Lehrers mit einem Kind. Hier möchte ich die Wissenschaft auffordern, sich diesem Thema stärker als bisher zuzuwenden, um der Politik Hilfestellung auf der Grundlage der Theorie zu geben.

**Prof. Dr. Wolfgang Brezinka, Professor der Erziehungswissenschaft an der Universität Konstanz:**

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, und das bedeutet, daß wir weltanschauliche oder religiöse Sonderziele nicht zur Grundlage des öffentlichen Schulunterrichts machen dürfen. Wir wissen aber aus allen psychologischen Erfahrungen, daß der Mensch nur durch diese religiös-weltanschaulichen Grundüberzeugungen bewegt wird. Eine Erziehung zu einem vollständigen Persönlichkeitsideal ist in der Staatsschule überhaupt nicht möglich. Das ist nur möglich in einem Schulsystem von freien

Trägern, wo die Schule aufbauen kann auf der Überzeugung der Glaubensgemeinschaft, die diese Schule unterhält. Ich bin der Meinung, wir sollten so viel wie möglich solche Schulen in freier Trägerschaft stützen. Aber bei den heutigen Kosten eines Schulsystems ist es illusorisch, mehr als höchstens 20 Prozent unserer Schuljugend in solche konfessionellen Schulen zu schicken, abgesehen davon, daß man ja zuerst einmal eine Konfession haben und an sie glauben muß, damit eine solche Schule ihren Dienst tun kann an der Gesellschaft.

Für die Staatsschulen muß nun aber ein Minimalideal der Persönlichkeitsbildung gefunden werden, was ich als gesellschaftliches Grundideal bezeichne. So sehr wir uns unterscheiden hinsichtlich weltanschaulichem und politischem Bekenntnis, so sehr müssen wir uns doch einig werden über das, was wir von jedem Staatsbürger verlangen wollen.

**Manfred Müller**, *Bischof des Bistums Regensburg; Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Schule und Bildung:*

Ich darf mich auch im Namen meiner evangelischen Mitbrüder dafür bedanken, daß wir als Kirchen in unserer Gesellschaft die Chance haben, im Religionsunterricht an alle Kinder heranzutreten. Ich hoffe, daß die Gesprächspartner in unserer Runde mir abnehmen, daß es im Religionsunterricht nicht um die Rekrutierung kirchlichen Nachwuchses geht, sondern primär um ein Wertangebot. Wir versuchen den Kindern und Jugendlichen ein Angebot zu machen aus christlicher Sicht. Für mich ist der Inbegriff dieses Angebotes, daß der junge Mensch sich von Gott angenommen weiß. Das wirkt sich auch auf die Pädagogik aus: Der Lehrer muß den jungen Menschen, auch wenn er schwierig ist, annehmen und nicht nur relativ nett behandeln. In dem Sinn darf Religionsunterricht auch Seelsorge sein.